

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

468 (8.10.1919) Abendausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Weitaus größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion

Telef. Nr. 309 u. 310.

Verbreitetste Zeitung Badens

Verbreitetste Zeitung Badens

Nr. 468.

Karlsruhe, Mittwoch den 8. Oktober 1919.

35. Jahrgang.

Die Berliner Presse und die Reichskanzlerrede

— Berlin, 8. Okt. In der Rede des Reichskanzlers sagt das freisinnige „Berliner Tageblatt“: Die Grundsätze sind gut, worauf es ankommt ist die Verwirklichung.

Die halbamtliche „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Die Hauptbedingung für das Programm des Kanzlers ist ein fester Wille, der unbeirrt das durchzuführen bereit ist, was uns aus dem Chaos des verlorenen Krieges wieder in die Dauer geordneter Zustände hinführen kann.

Das führende Berliner Zentrumsblatt „Germania“ ist besonders sympathisch berührt dadurch, daß der Kanzler bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Streikrechts mit festen Grundsätzen unserer Entwicklung die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit im Wirtschaftsamt vorgeschrieben habe.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hebt hervor, daß der Reichskanzler Gewerkschaften geliebt sei ohne Scheu und Poze. So wie er jetzt spreche, habe er es vorher verstanden, aus Verbesserung für eine große Sache sachlich sein zu können.

Die „Berliner Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Es ist traurig, festzuhalten, daß diese Rede gehalten werden konnte und daß sie gehalten wurde. Damit ist alles gesagt. Der rechtslebende „Sozial-Anzeiger“ hebt hervor: „Es gehört wohl mehr als Voreingenommenheit für die neue deutsche demokratische Republik dazu, den gestrigen Tag als ein Ereignis anzusehen zu wollen.“

Der Einbruch in Wien

— Wien, 8. Okt. Das vom Reichskanzler Bauer gestern entworfenste Regierungsprogramm findet in der hiesigen Presse ein lebhaftes Echo und in allen Punkten volle Zustimmung. Besonders anerkannt wird das kraftvolle, mutige Auftreten, mit dem der Reichskanzler entschlossen den Kampf gegen Alles, ob rechts oder links, aufnimmt, was den Wiederaufbau Deutschlands gefährden könnte.

Badisches Landestheater in Karlsruhe

— Karlsruhe, 8. Okt. In der gestrigen Aufführung von Humbert's Musikmärchen „Die Königskinder“ sang Herr von Millinovic die Hymnen. Nach der. Sacht. entzückender Leistung war das ein großes Unterfangen, denn ihr ging in dieser Partie doch manches von der neuen Freiheit ab, die hierfür in Spiel und Gesang erforderlich ist.

Zur Karlsruher Intendantenfrage

— Mannheim, 8. Okt. Ein merkwürdiges Spiel der Ironie: Die nachträglichen Kämpfe in der Karlsruher Intendantenfrage haben unerwartet ihren Schauplatz gewechselt: sie gehen nicht mehr in Karlsruhe vor sich, sondern in Mannheim-Heidelberg selbst, von wo aus Herr Dr. Stahl in den nächsten Tagen die Mannheimer Nationaltheater erklären, daß sie Herrn Dr. Ernst Leopold Stahl als Kritiker ihrer Leistungen nicht anerkennen, bis er einmündig die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in Sache der Karlsruher Intendantenfrage widerlegt hat.

So ist die Angelegenheit eine Affäre „Stahl“ geworden, obwohl auch Dr. Goldschmidt-Heidelberg sich inzwischen eine Desavouierung in Sachen des Ortsvereins Mannheim-Heidelberg, des „Schulverbandes deutscher Schriftsteller“, gefallen lassen mußte.

Zug nach Arbeit und Konsolidierung gehe und bebauert, daß Deutsch-Oesterreich noch weit davon entfernt sei.

Deutsche Nationalversammlung

Ein Aitentat auf den Abg. Haase

— Berlin, 8. Okt. Wenige Minuten nach 1 Uhr gab vor dem Reichstagsgebäude ein Zivilist sechs Schüsse auf den das Gesandte betretenden Führer der Unabhängigen, Abg. Haase, ab. Der Abg. Haase ist in den Unterleib, Unterarm und am Unterarm getroffen. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht. Neben seine Persönlichkeit steht noch nichts fest, außer, daß es sich um einen Oesterreicher handelt.

Sitzungsbericht

— Berlin, 8. Okt. Am Ministertisch: Dr. David, Schiffer, Dr. Dell, Erzbischof, Reichstagskanzler Bauer usw. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 120 Uhr und macht Mitteilung von dem Aitentat auf den Abg. Haase. Er sprach die Hoffnung aus, daß keine schlimmen Folgen eintreten möchten. Er habe die Hoffnung, daß keine schlimmen Folgen eintreten möchten. Er habe die Hoffnung, daß keine schlimmen Folgen eintreten möchten.

Zur zweiten Beratung des Haushalts, Art. Reichskanzler, erhält das Wort der Abg. Stresemann (Dem.). Abg. Stresemann (Dem.): England sieht nach wie vor auf dem Standpunkte, Deutschland müsse wirtschaftlich assistiert werden. Frankreich dagegen habe das größte Interesse an einem regen Wirtschaftsleben Deutschlands.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung

Zur Friedensratifizierung durch den französischen Senat

— Paris, 8. Okt. (Privattelegr.) Der „Vorwärts“ berichtet, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages durch den französischen Senat noch in dieser Woche erfolgen dürfte. Der Präsident der Republik wird hierauf das Ratifizierungsdokument unterzeichnen.

Ueber den Zeitpunkt der Einstellung der Feindseligkeiten. — Paris, 7. Oktober. Die Kammer diskutierte die Vorlage über den Zeitpunkt der Einstellung der Feindseligkeiten. Der einzige Artikel der Vorlage sagt, daß die Auslösung der Feindseligkeiten, Dekrete, Reglements und Kontrakte, sowie deren Anwendung von dem Aufhören des Kriegszustandes abhängig gemacht wird.

In Beantwortung einer Anfrage sagte Kail, daß die Vorlage den Belagerungszustand und die Zensur aufhebe und den Bürgermeistern wieder die Rechte einräume, die ihnen auf Grund der Gesetze zustehen. Die Genehmigung des Budgets ist eine symbolische Handlung für die Beilegung des Krieges. Er schloß mit der Erklärung, daß die Regierung den Erfolg eines Kredites, durch welchen das Datum der Genehmigung des Friedensvertrages vorgerrückt würde, ins Auge fassen könnte, wenn der Senat mit der Ratifizierung zögern sollte.

Die Ratifizierung des Friedens durch Japan. — Paris, 8. Okt. Nach einer Meldung aus Tokio, die der „Clear“ veröffentlicht, wird der Mikado den Friedensvertrag am 7. Dezember ratifizieren.

Wilson und Deutschland. — Amsterdam, 8. Okt. Dem „Associated Press“ zufolge meldet „Associated Press“, daß Oberst House mitteilte, Präsident Wilson werde nach Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland eine in Paris abzuhaltende Zusammenkunft des industriellen Rates des Völkerbundes einberufen. Diese Zusammenkunft

Namen von Solomitsgliedern des Theaters mitgeteilt, daß diese sich weigerten, noch weiter zu spielen. bis nicht er, Dr. Stahl, das Theater verlassen habe. Dieser Beschluß liegt wegen der Karlsruher Intendantenfrage gefaßt, er wird ausbleiben, bitte ihn, Dr. Stahl, der Übermacht zu weichen. Darauf verließ Dr. Stahl das Theater. Der Verlust der Redaktion des genannten Blattes, dessen Theaterkritiker Dr. Stahl ist, eine gültige Erklärung zu erzielen, scheiterte. Die Bühnenmitglieder erklärten, Dr. Stahl sei öffentlich angegriffen worden, er müsse sich auch öffentlich verteidigen. Darauf hat die „Neue Bad. Landesztg.“ die gesamte Berichterstattung über die Mitglieder des Ortsvereins Mannheimer der Bühnengemeinschaft eingestellt.

In der heutigen Morgenansprache des Blattes ergreift nun Dr. Stahl selbst das Wort „zur Abwehr“, wobei er im Grunde nicht viel Neues vorzubringen hat. Er äußert nochmals seine Zweifel an der künstlerischen Eignung des Intendanten Fuhs, muß sich aber dennoch zu dem Satze bereitfinden: „Im Interesse der badischen Theaterkultur wie des Herrn Fuhs habe ich keinen besseren Wunsch als den, daß seine (des Intendanten) Künste Dramaturgen Harnisch, der für Herrn Fuhs eintrat, Auffassung von Fuhs Eignung vor der meinigen recht behalte.“ Das ist ein Satz, in welchem auch die Karlsruher Theaterkresse vollständig Herrn Stahl beipflichten werden.

Am übrigen läßt sich noch nicht ganz deutlich übersehen, ob nicht die Boykottierung Stahls durch den Mannheimer Ortsverband der Bühnengemeinschaft vielleicht auch noch andere Gründe, als die oben angeführten, hat. Jedenfalls wäre dann aber durch die Kräftehaltung Stahls in der Karlsruher Intendantenfrage der Stein ins Rollen gekommen und hätte nun auch im Mannheimer Theaterleben und im Verhältnis zwischen Bühne und Theaterkritik höchst unerfreuliche Zustände gezeitigt. Es wäre zu wünschen, daß eine rechtliche Vertretung im beiderseitigen Interesse nicht lange auf sich warten ließe. Immerhin liegt eine eigentümliche Ironie darin, daß gerade der Mann, der als Geschäftsführer des Verbandes das Fortbestehen der Theaterkultur vor anderen zur Hebung des Theatermens und -Insehens und zur Diskreditierung der Karlsruher Theaterleitung sich

berbe sich nur mit den auf das Saarwerden bezüglichen Fragen befassen.

Von der belgischen Armee

— D. Basel, 8. Okt. (Privattelegr.) Der Generalstab der belgischen Armee ist durch königlichen Erlass aufgelöst worden. Anfangs November werden 3 belgische Infanterie- und Artillerieregimenter unter Führung eines Generals ihre Winterquartiere am Rhein beziehen.

Die Flume-Frage

— Paris, 8. Okt. Das in Agrar erscheinende Blatt „Ostfr.“ meldet, daß sich in Flume erste Ereignisse abgeipelt haben, welche den Flumen von Juli vorigen Jahres ähnlich sind. Bis jetzt hat man noch keine Bestätigung dieser Nachricht.

Der italienische Marsch in Albanien

— Wien, 7. Okt. Nach einer Meldung des „Wiener Corr.“ aus Spalato haben die italienischen Truppen Cattaro verlassen und sich nach Durazzo begeben, wo sie weitere Weisungen abwarten.

Ueberriffe der Italiener

— Belgrad, 7. Okt. Eine Depesche des südbalkanischen Bureaus meldet: Im Dorf Zemet, einige Kilometer von Sisk entfern, wurden von italienischen Soldaten Schüsse abgegeben und ein Privathaus geplündert. Der italienische Nationalrat beauftragte sich der Oesterreichisch-Ungarischen Front.

Oesterreich

Keine Regierungskrise in Wien

— Wien, 8. Okt. Nach Mitteilungen des überwiegenden Teiles der Blätter sind die Nachrichten über eine bevorstehende Demission des Kabinetts anlässlich der heutigen Sitzung des Hauptausschusses nicht zutreffend, da sich der Hauptausschuss mit der Ratifikation des Friedensvertrages befaßt. Nach der Ratifikation des Friedensvertrages wäre die Demission nicht ausgeschlossen, doch besteht allgemein die Ansicht vor, daß Staatskanzler Dr. Renner abnormals mit der Neubildung des Kabinetts betraut werde.

Ungarn

Beziehungen gegen Karolzi

— Budapest, 8. Okt. Wie „Sirlap“ erfährt, hat die Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Michael Karolzi das Strafverfahren wegen Diebstahls, Betrug und treuloser Gehörung eingeleitet. Die Untersuchung ist bereits soweit fortgeschritten, daß demüßigt der Haftbefehl gegen den Grafen Karolzi erlassen wird. Gleichzeitig werden die Auslieferungverhandlungen mit der tschechisch-slowenischen Republik eingeleitet worden.

Serbien

Zur serbischen Kabinettskrise

— Wien, 7. Okt. Nach einer Meldung des Wiener Corr. Büro ist der Präsident der Nationalversammlung Pawlowitsch beauftragt worden, ein Koalitionskabinet auf breiter Grundlage zu bilden.

Frankreich

Die Wahlen

— Paris, 7. Okt. Der Ministerrat beschloß, der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den die gesetzgebende Gewalt der Kammer am 7. Dezember zu Ende geht. Die Wahlen finden für die Kammer statt am 18. November, für die Municipalräte am 28. und 30. November, für die Bürgermeister und Senatorenbelegierten am 7. Dezember, für die General- und Arrondissementräte am 14. und 21. Dezember und für den Senat endlich am 11. Januar 1920. Die Wahl des Präsidenten der Republik wird nicht am 17. Januar, sondern erst am 2. Februar stattfinden.

Die Geschniffe im Reich

Ueber 4 Milliarden Arbeitslosenunterstützung

— Berlin, 8. Okt. (Privattelegr.) Nach einer Mitteilung von parlamentarischer Seite über eine bevorstehende Anfrage berechtigt sah, am eigenen Plabe selbst eine derartige Diskreditierung durch die Mitglieder des Theaters erfährt.

Vom Mannheimer Nationaltheater

— Mannheim, 8. Okt. Im Nationaltheater scheint man mit dem Beginn der neuen Spielzeit nun endlich die Stränge etwas fester anzuziehen zu wollen. Der Intendant selbst ist bereits mit einer Negociat hervorgetreten, indem er die „Nacht in Venedig“, die der Höhepunkt von Gogemanns, im übrigen ja nicht, sondern lediglich vorübergehender badener Operettenspielen war, in ihrer vollen Diszipliniertheit und darstellerischen Belebung auf die Mannheimer Bühne verpflanzt. Der junge, überaus begabte Kapellmeister Fritz Weid hat sich bei dieser Gelegenheit als Autorität von reinstem Wasser gut einzuführen gewußt. Auch Wilhelm Kurtmannler erscheint neuerdings sehr häufig am Pult der Oper, und nach den Vorgängen, die sich bei Weichert's Frankfurter Verpflichtung hier zeigten, ist nicht abzusehen, daß am Ende auch Kurtmannler dort hin gelassen würde, ohne einzelne Gegenüberstände von Seiten der Mannheimer Theaterbehörde. Daß das Frankfurter Operntheater allerdings eine Fortschrittliche brauchen könnte, der ihm mehr Geschmeidigkeit des Manges beibringt, hat die unlängst stattgehabte Frankfurter Schaufführung der „Schakrasade“ deutlich und überraschend kundgetan.

Fritz Wendhausen, der nach Weichert's Frankfurter Verpflichtung als Spielerleiter des Schauspielers hierher verpflichtet wurde, hat eine „Camont“ Neuenfubierung herausgebracht, die zwar kein geschlossenes Ganzes war, angefaßt der Kirche der Vorbereitungszeit jedoch als fleißige Arbeit angesprochen werden konnte. Unter Weichert's Führung haben die „Drei Willinge“ nun auch in Mannheim den höchsten Göttererfolg gefunden. Ludwig Schmitz hatte sich als Spezialist für die bische Dialektrolle des Knaben vor der Mannheimer Schaufführung schon außerhalb eines Rahmen gemacht, er trug hier den Erfolg auch über solche Szenen hinweg, die den Reim der Verspieltheit in sich tragen.

In der Christuskirche hat Arno Landmann in seinen volkstümlichen Orgelkonzerten eine eigene Ueberrtragung der Festlichkeiten

in der Nationalversammlung, die demnächst zur Veröffentlichung kommen wird, waren am 4. Oktober dieses Jahres im Reichsgebiete 4 1/2 Milliarden Mark an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden.

Das Ergebnis der Kölner Stadtverordnetenwahl. D. Köln, 8. Okt. (Privattelek.). Das Ergebnis der Kölner Stadtverordnetenwahl steht jetzt fest. In Stimmen erhielten: Zentrum 85178, Mehrheitssozialisten 76132, Unabhängige 13499, Demokraten 12968, Deutsche Volkspartei 10040 und Deutschnationale 3925.

Amtliche Nachrichten.

Das Finanzministerium hat unterm 25. September d. J. den preisen Beamten Entschädigung für den Verlust der Pensionen festgesetzt und ihm mit der Zeitung des Volksrats daselbst bekannt gemacht. Das Finanzministerium hat unterm 21. September d. J. den Eisenbahndirektor Wilhelm Roth in Karlsruhe auf 1. Oktober 1919 in den Ruhestand versetzt.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 8. Okt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion legte Dienstag nachmittag ihre Beratungen fort. Vor allem kamen die neuerlichen Wünsche der Eisenbahner und der Beamten zur gründlichen Besprechung, wobei zwecks Regelung der gewünschten Besetzungslage die Fraktion die Einberufung des Landtags für Anfang nächster Woche verlangte. Außerdem wurde die „Vollst.“ beschlossen, am Landtag einen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission für die staatlichen Eisenbahnerkämpfe zu unterbreiten. Zum Schluß kam noch die Frage der Rohstoff- und Lebensmittelförderung zur einstündigen Erörterung.

Einverm., 7. Okt. Im Bezirk Einheim a. G. wurden in zwei Tagen den Scheidhändlern und Scheidern 10 Stück Vieh abgetan. Der Kommunalverband Einheim wird von jetzt ab alle diese Fälle veröffentlicht, um die Scheider und die Landwirte, die in ihrer Wohnort dieses Scheider- und Scheidhändlerunterstützen an den Pranger zu stellen.

Baden-Baden, 7. Okt. Durch Verkauf an ein und dieselbe auswärtige Persönlichkeit sind in letzter Zeit mehrere hiesige große Hotels, u. a. auch das bekannte und renommierte „Hotel Meiner“, in andere Hände übergegangen. Nunmehr hat der Stadtrat beschlossen, gegenüber diesen Verkäufen das sog. Sperrgesetz durch Beauftragung der Veräußerung der amtlichen Genehmigung wegen Verletzung gemeinwirtschaftlicher Interessen in Anwendung zu bringen. Es wird nämlich vom Stadtrat eine Gefahr darin erblickt, daß ausländische Erwerber unter Ausnutzung von Valuta-Vorteilen das Hotelgewerbe zum großen Teil an sich bringen und durch Vertreibung die bisherige gute Ordnung des Hotelwesens beeinträchtigen. Der Stadtrat wendet alle gegebenen Möglichkeiten an, um zu verhindern, daß weitere große Hotels als solche eingehen. Entsprechend diesen Absichten wird weiter dafür eingetreten werden, zu verhindern, daß Hotel-Einrichtungen (Möbel, insbesondere Betten usw.) überhaupt ausverkauft werden, wenn sie verkauft werden sollen, dem hiesigen Bedarf verloren gehen.

Wien, 8. Okt. Auch die Weinbauern der Bezirke Waid und Uggden haben in einer hier abgehaltenen Versammlung gegen die von der Regierung festgesetzte Weinhöchstpreise Einspruch erhoben.

Waldenau (Kaiserstuhl), 7. Okt. Die hiesige Gemeinde hat statt der ihr auferlegten 18 Zentner Brotgetreide 37 Zentner abgeliefert. (Wahrscheinlich andere Gemeinden dem Beispiel folgen.)

Meersburg, 7. Oktober. Dieser Tage feierten die Lehrer, die 1894 das hiesige Seminar verließen, daher ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Von 29 leben noch 21.

Konstanz, 7. Okt. Bürgermeister Thorebecke in Singen, der bekanntlich sein Amt in Singen niederlegt, wird als juristischer Beirat in die Handelsfirma Michael Federpiet jr. in Konstanz-Petershausen einreten.

Konstanz, 7. Okt. Vom 15. bis 30. September wurden durch die Beamten der Zweigstelle Konstanz des Landespreissamtes u. a. festgestellt: 2126 Pfund Fleisch, 183 Pfund Wurst, 352 Pfd. Mehl, 90 Pfund Butter, 595 Eier und 17 Zentner Getreide; die verbotswidrige Ausfuhr von 221 Zentnern Obst wurde verhindert; eine große Menge Zigaretten wurden beschlagnahmt. Ein Beamter des Landespreissamtes konnte nach dem 30. September in Radolfzell einen besonders schönen Fang machen: in einem Eisenbahnwagen zwei schwere Dohsen, drei Mistelkucke zwei Kaimöven und einen Saal Weizen. Das Vieh hat einen Wert von etwa 20 000 Mark.

Zur bevorstehenden Evang. Landessynode.

Karlsruhe, 8. Okt. Der Verfassungsentwurf. Die am 28. September gewählte außerordentliche Landessynode wird am 13. Oktober in Karlsruhe zusammentreten. Sie soll nicht eine Verfassung geben; sondern die bestehenden nach den dringlichsten Forderungen der Gegenwart umgestalten und ausbauen. Die eine Vorlage, mit der sich die Landessynode zu beschäftigen haben wird, ist nun im Druck erschienen. Sie enthält nach einer Einleitung 7 Entwürfe, nämlich zuerst den einer Verfassung für die Landeskirche, dann eines Einführungsgesetzes dazu, zwei Entwürfe einer Kirchengemeindegliederungsordnung auf Grund der Mehrheits- und Verhältniswahl, zuletzt drei Entwürfe zu Wahlordnungen und zwar für die Pfarrwahl, für die Wahl der Abgeordneten der Religionslehrer zur Bezirksynode und für die Wahl der Abgeordneten zur Landessynode. Im Anhang sind die Verfassungsentwürfe mitgeteilt, die der Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des ersten Deutschen Kirchentags aufgestellt hat. Das wichtigste Stück der Vorlage ist der 130 Paragraphen umfassende Verfassungsentwurf. Er beruht auf einem Ent-

wurf, den der Vorsitzende des im Jahre 1914 von der Generalsynode gewählten Verfassungsausschusses, Kammerstenograph Fren, vor der Staatsversammlung vorgelegt und nach derselben ergänzt hat. Dieser Entwurf ist dann durchberaten und im Oberkirchenrat zu der vorliegenden Gestalt bearbeitet worden. Die wichtigste Frage der Umgestaltung der Verfassung war die Schaffung einer Kirchenregierung, wozu die Synode vom November 1918 den Übergang geschaffen hat. Darüber spricht sich der En. Oberkirchenrat in der Einleitung zur Vorlage folgendermaßen aus: „Nachdem das landesherrliche Kirchenregiment beiseite ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kirchengewalt an die Kirche selbst, d. h. an die Gesamtheit der in den Gemeinden zusammengefaßten Mitglieder derselben zurückzufallen ist.“ Als ihr Organ ist zunächst die Landeskirchenversammlung anzusehen. Aus der Erwägung heraus, daß ein wandelbarer Ausschuß derselben die Leitung und Verwaltung einer großen Landeskirche nicht wohl besorgen kann wird vorgeschlagen, daß der Oberkirchenrat als oberste Behörde der Landeskirche bestehen bleibt, daß aber für wichtigere Regierungshandlungen eine besondere Kirchenregierung gebildet wird, bestehend aus 3 Mitgliedern des Oberkirchenrates und 5 jeweils von der Synode gewählten Mitgliedern. Der Präsident des Oberkirchenrates soll von der Landessynode in allgemeiner Abstimmung gewählt werden; es ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Vorschlag, an die Spitze der Kirche einen Bischof zu stellen, ist abgelehnt.

Am Weiteren ist die Verbreiterung des Wahlrechtes im Entwurf vorzusehen, und zwar durch Vereinfachung des Erfordernisses der Selbständigkeit des Wählers und durch Einführung des unbeschränkten Frauenwahlrechtes; bekanntlich ist diese Wahlrechtsverbreiterung schon bei der jüngsten Wahl zur Synode eingeführt worden. Einen stärkeren Schutz der Minderheiten will der Entwurf gewährleisten. Die von manchen Seiten sehr gewünschte Sprengeneinteilung der größten Kirchengemeinden kann künftig durchgeführt werden, ohne daß ein Antrag ausreicht werden soll, durch örtliche Synode; es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sie sich bald als unerlässlich und zur Vertiefung des religiösen und kirchlichen Lebens in den Großstadtkirchengemeinden dienlich erweisen wird. Eigentliche Landesvertretungen in den verschiedenen kirchlichen Körpern sind im Entwurf nicht vorgesehen; nur in der Synode der Kirchenbezirke sollen die Religionslehrer und Religionslehrerinnen eine bestimmte Anzahl von Vertretern entsenden.

Der 80. Paragraph, der von der Zusammenziehung der Landessynode handelt, lautet folgendermaßen: Die Landessynode besteht aus 52 von den Mitgliedern der Kirchengemeindenvertretungen — in den zusammenhängenden Gemeinden der Einzelvertretungen und in den getrennten der Sprengelvertretungen — sowie der Kirchenvorstände in 3 Wahlkreisen auf Grund des Verhältniswahlverfahrens gewählten Abgeordneten; 2 aus 8 von der Kirchenregierung ernannten Abgeordneten, wovon ein Mitglied der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg sein muß. Nach dem vorliegenden Entwurf wird das Verhältniswahlverfahren beibehalten, die Wahlkreise aber werden abgelehnt, das Gemeinprinzip soll zur Geltung kommen; der Wahlkörper ist aber gegen früher sehr vergrößert. Neben dem Verfassungsentwurf urteilt der Oberkirchenrat in seinen eingehenden Berichten: Der Entwurf weist nunmehr eine Fassung auf, die als auf mittlerer Linie der Anschauungen liegend wohl am ehesten auf allseitige Billigung rechnen darf.

Sowie über den Entwurf. Diese Ausführungen, die leider nur sehr knapp sein konnten, sollen der Öffentlichkeit wenigstens eine Skizze geben, auf Grund derer sie den kommenden Verhandlungen einigermaßen folgen kann.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Bautätigkeit in Karlsruhe.

Nachdem die Bautätigkeit während des Krieges fast völlig geruht hat, regt sie sich erfreulicherweise im ganzen Reich wieder sehr lebhaft. Die überall herrschende Wohnungsnot und die Notwendigkeit, die aus dem Felde heimgekehrten Arbeiter zu beschäftigen, zwingen dazu. Freilich bereiten der Mangel an Rohstoffen und Baustoffen, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung und der Bauoffiziergeleitung noch manche Hindernisse. Auch sind die ungeheuren Preise und die ungemein geringen Löhne der regen Entfaltung der Bautätigkeit nicht günstig. Trotzdem ist dank der zu leistenden Baukostenzuschüsse die Bautätigkeit doch in recht vielen Orten sehr reg. Über die Bautätigkeit im ersten Halbjahre 1919 gibt eine heften veröffentlichte amtliche Statistik Auskunft. Darin wird aus Karlsruhe berichtet: Hier wurden 28 neue Häuser gebaut, davon aber nur 3 Wohnhäuser. Davon sind 5 Einfamilienhäuser, eins hat 2 Wohnräume und 3 sind Mietskasernen. Es wurden durch diese Neubauten und durch Umbau bereits vorhandener Häuser 40 neue Wohnungen geschaffen. Durch Umbau und Abbruch dreier Wohnhäuser sind aber 13 Wohnungen verloren gegangen, jedoch sich die Zahl der Wohnungen nur um 27 vermehrt hat. In anderen Städten hat die Wohnungsnot bereits erheblich größere Fortschritte genommen.

Der neue Streichhölzerpreis. Durch das Inkrafttreten des neuen Zündwarenvertrages ab 1. Oktober 1919 ist eine neue Höchstpreisfestsetzung nötig geworden. Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Höchstpreis von 1,30 M für zehn Schachteln sowohl für Inlands- als auch für Auslandszündhölzer festgesetzt. Die Gründe hierfür sind, daß die deutsche Erzeugung zur Zeit nur in der Lage ist, zwei Drittel des Bedarfs zu decken und daß ein Drittel durch die Einfuhr gedeckt werden muß. Da die eingeführten schwedischen Zündhölzer durch den schlechten Stand der Markvaluta das Doppelte der deutschen Zündhölzer kosten, hat das Reichswirtschaftsministerium es für zweckmäßig gehalten, einen mittleren Preis festzusetzen, und die deutschen Fabrikanten müssen einen sehr erheblichen Teil der vereinnahmten Preis an einen Ausgleichsschlag abführen, aus welchem die Verbraucher für die

schwedischen Zündhölzer gedeckt werden. Die verbrauchende Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß Inlands- und Auslandszündhölzer zum gleichen Preise verkauft werden müssen, und das verbrauchende Publikum wird ferner gebeten, sich durch Ueberforderung für Zündhölzer nicht ausbeuten zu lassen. Etwaige Ueberforderungen sind unter Befugung von Belegen zweckmäßig der Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. Berlin W. 50, Kurfürstendamm 229, anzuzeigen.

Die Badische Gefangenenerziehung schreibt uns: In den Sofadatenheimen der Durchgangslager, in denen wir jetzt täglich hunderte von aus amerikanischer Gefangenschaft zurückkommende deutsche Gefangene sehen, befinden sich nicht genügend Sitzgelegenheiten. Wir wollen dem heimkommenden Mann einen Kaltstuhl oder Korbstuhl bieten, wie er ihm im amerikanischen Lager gewohnt war. Solche entbehrliche Sommermöbel dieser Art an die Soldatenheimen der Durchgangslager Sendern, Kallit, Taubertshofheim und Mannheim.

Zusammenstoß. Gestern nachmittags erfolgte beim Rangieren von Eisenbahnwagen am Rheinhafen hier ein Zusammenstoß, wobei ein Eisenbahnwagen aus dem Gleis geworfen und eine Wasserpumpe umgerissen wurde. Der entstandene Schaden beläuft sich auf etwa 2000 M. Verletzen wurden nicht.

Selbstmord. Gestern früh 7.30 Uhr wurde in einem Hause der Philippstraße eine dort wohnhafte, 26jährige Witwe in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Sie hatte sich aus verhängnisvoller Liebe mit Leuchtgas vergiftet.

Verhaftet wurden: Ein 19 Jahre alter Hotelbedienter aus Herrenalb wegen Diebstahls, ein 23 Jahre alter Mechaniker aus Mannesloch und ein 17 Jahre alter Mechaniker aus Dresden wegen Urkundenfälschung und verurlichter Betrugs.

Resistenz-Lichtspiele. Programme für Mittwoch bis einschließlich Freitag: Waldstraße: „Ein Tropfen schwarzes Blut“, Drama in 4 Akten, mit Thea Canten in der Hauptrolle; das Filmdrama „Eine unbedeutende Frau“, nach dem bekannten Roman von M. Heimburg, mit Ethel Keller in der Rolle der Sidigard von Zweiborf. — Schillerstraße 22: „Ihr Spott“, Lustspiel in 4 Akten, mit Penny Portier und dem Lustspiel-Darsteller Hermann Thümling. Viggo Larsen sieht man in dem Kriminalstück „Die Edelsteine“. Donnerstag abend 9—10 Uhr werden zwei erstklassige Varieté-Abende in das Programm eingefügt. — Kaiserstraße 6: Reich Kaiser-Tivoli befeindet die Doppelrolle der Schauspieler Alf und Nils Thoren in der Künstlerrevue „Ruhm und Frauenaufsicht aus Nr. 37“, ein soziales Sittenrama in 5 Akten nach dem bekannten preisgekrönten Roman von Karl Böhm. „Für immer mit der Auh“, folgt mit seinen drei Akten für humoristische Unterhaltung.

Geschäftsverlegung. Das Spezialgeschäft der Installations- und Beleuchtungsbranche Karl Schwarz wurde von Kaiserstraße 150 nach Nr. 156 verlegt. — Die Annoncen-Expedition Haagenstein & Vogler hat ihre Geschäftsräume von Kaiserstraße 136 nach dem Neubau der Mitteldeutschen Creditbank Kaiserstraße 96 verlegt.

Auszug aus den Staudesbüchern Karlsruhe.

Geburtsregister. 7 Okt. Erwin Maber von hier, Fernschüler hier, mit Elise Kammerer von hier; Friedrich Gös von Mannheim, Zurißler hier, mit Berta Gärner von Dinslaken; Karl Amold von Kallmühlersbach, Strakenbachhauer hier, mit Ella Schmidt von Dinslaken; August Goeßlich von Mannheim, Schülerbedienter hier, mit Frieda Fischer von hier; Robert Winterdatter von Mainz, Strakenbachhauer hier, mit Anna Falsjan von hier; Wilhelm Schmidt von Schöps, Missionar hier, mit Kath. Scheuerdlin von hier.

Todesfälle. 3 Okt. Rath Wöhrer alt 77 Jahre, Witwe des W. Wöhrers, Wilhelm Wöhrer, 6 Okt. Gretchen, alt 14 Jahre, Vater Friedrich Ammer, Bademüller; Robanna Scholtz, alt 61 Jahre, Witwe des Schmiedemeisters Wilhelm Scholtz; Eualet, alt 16 Jahre, Vater Anton Walter, Saacrausfleher.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. in Grad C, Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag in mm. Rows for Hamburg, Frankfurt a. M., München, Stockholm, Saporanda.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. in Grad C, Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag in mm, Bemerkungen. Rows for Karlsruhe, Heidelberg (Ebn.).

Allgemeine Witterungsübersicht. Von der nördlichen Nordsee her scheint ein kräftiger Luftwirbel südostwärts vorzudringen. Bei nördlicher Luftströmung ist über Rastat überall Abkühlung eingetreten (Rheinebene bis auf 5 Grad, Feldberg auf 2 Grad). Die Bevölkerung wehelt sich, stellenweise ist geringe Regen gefallen (Südbayer Schwarzwald). Das Nordseegebiet wird bei westlichen Winden weitere Annahme der Bewölkung und anhaltend kühl; Luftzufluß vom Meere bringen. Wetterausblick in Baden bis Donnerstag, den 9. Oktober nachts: Windig aus West, kühl, Regen.

Wasserstand des Rheins.

Mannheim, 8. Okt., morg. 6 Uhr 2,53 m. (7. Okt. 2,54 m.)

der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen vollständig ausgeschloffen wurde zu einem ersten Konflikt zwischen den Kommunisten und Mehrheitssozialisten. Ein großer Teil der erlernten verließ die Versammlung.

Magnahmen gegen Aufständische in Leipzig. Berlin, 8. Okt. In Leipzig wurden Magnahmen getroffen, die mit Aufständischen zusammenhängen, die der Wirtschaftsbehörde bekanntgegeben worden waren.

Streik der deutschen Nordostküste. W.B. Sletting, 8. Okt. Die Angehörigen der Straßenbahngelellschaft sind, nachdem sich die Verhandlungen wegen ihrer Lohnforderungen mit der Direktion erschlagen hatten, heute früh in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vollständig.

Danzig, 7. Okt. Heute früh hat das gesamte Dampferpersonal des Danziger und der anderen östlichen Häfen wie Königsberg und Memel wegen Lohnforderungen die Arbeit eingestellt.

W.B. Königsberg, i. Pr., 7. Okt. Wegen Lohnforderungen sind gestern Vormittag die Arbeiter des Elektrizitätswerkes in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Ferner traten gestern Morgen die Transportarbeiter in den Ausstand, ebenso in der Binnenschiffahrt die Schiffsführer und Heizer, sowie Maschinisten und Matrosen, jedoch die gesamte Binnenschiffahrt still liegt.

Generalkrieg in Lissabon. W.B. Verailles, 8. Okt. Nach Meldungen aus Lissabon ist dort ein Generalkrieg ausgebrochen, der sich bis jetzt noch nicht auf die Provinzen ausgebreitet hat.

Zum Streik in Amerika. Berlin, 8. Okt. Ueber die Hauptstädte der amerikanischen Staatsindustrie wurde im Zusammenhang mit Unruhen in den letzten Tagen der Belagerungszustand verhängt.

„Chaconne“ Robert Schumanns zur Aufführung gebracht. Um die Variationen angemessen zu machen hat er natürlich mehr „Füllen“ müssen als „Haupt“ oder R. Schumann, auch die Violinpartiegenen müssen umgedeutet werden. Landmann hat mit der Bearbeitung, ohne ausdrücklich hervorzuheben, eine sachtechnisch prächtige Leistung geschaffen, die mehr ist, als nur ein interessantes Experiment. Die Bearbeitung läßt wie eine Originalkomposition für Orgel, die Inhaltstiefe der Bachschen Variationen schwillt zu gewaltigem Einbruch. Karl Eckert.

C. Mannheim, 8. Okt. Virgil-Quartett ist der Name einer neuen Kammermusik-Vereinigung, die der erste Konzertmeister des Mannheimer Nationaltheaterorchesters Hugo Virgil gegründet hat. Kollegen des Prinzipals, dem es gelungen ist, für die Vereinigung vier Instrumente zu erwerben, sind die Konzertmeister Caspar Neumayer und Müller, gleichfalls vom Mannheimer Nationaltheater. Mit Willy Rehberg am Flügel haben sich die Konzertmeister Virgil und Müller als „Mannheimer Trio“ auch im Münchener Musikleben bereits eingeführt.

Vermischtes.

W.B. Frankfurt a. M., 7. Okt. Die Vereinigung der südwestdeutschen Handelsstammern beschloß eine Reorganisation des deutschen Industrie- und Handelstages in die Wege zu leiten, damit eine gleichmäßige Interessensvertretung für Handel und Industrie aller Bundesstaaten gewährleistet wird. An die Reichsregierung soll das Ersuchen gerichtet werden, durch Verhandlungen mit der Genere mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die deutsche Reichsgrenze im Westen für die Ein- und Ausfuhr taubar gemacht und der deutschen Verwaltung in der Handhabung der Kontrolle keine Schwierigkeiten bereitet werden. Ferner wurde eine Kommission angelegt, die unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern dahinwirken soll, daß alle Schwierigkeiten zwischen den befehlten und unbefehlten Gebieten beseitigt bzw. gehoben werden.

Arbeiterbewegung, Streiks und Unruhen.

Berlin, 8. Okt. Laut „Berl. Lokalan.“ verhindern in Brale (Odenburg) kommunistische Elemente das Auslaufen von Fischdampfern.

Konflikt in den Berliner Arbeiteräten. Berlin, 7. Okt. In der gestrigen Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte kam es, weil eine Umgestaltung

